

Notiz über Bürgerversammlung zum Grundwasserproblem des „Eigenheim- und Grundbesitzer Rudow e.V.“ am 09.08.2017 von 19.00 – ca. 21.00 Uhr

Podium:	Frau Schwarzer	- Bundestagsabgeordnete CDU für Neukölln
	Herr Herrmann	- AG der CDU
	Herr Schenk	- Vors. der Mittelstandsvereinigung der CDU in Neukölln
	Herr Friedrich	- Vors. des Eigenheim- und Grundbesitzer e.V. (vertritt ca. 500 Haushalte)
	Herr Langer	- SOS Grundwasser

Teilnehmer : ca. **350 Betroffene** (Sitzplätze reichten bei weitem nicht aus)

Neben Presse war auch das ZDF mit einem Team anwesend. Hier ging es um eine deutschlandweite Reportage zum Thema Grundwasser, die aber erst im Okt./Nov. zur Ausstrahlung kommt.

Wesentliche Inhalte:

- Derzeitige Situation wurde dargestellt, sowie die Perspektive eines weiteren Anstiegs des GW-Pegels um mind. 1 m
- Nach Abfrage per Handzeichen meldeten sich **etwa 90 % der Anwesenden** als bereits derzeit **Betroffene**
- Herr Langer verwies u.a. auf die gesetzliche Grundlage des § 37 a BWG und die per Federstrich durch die Senatorin Fr. Günther aufgehobenen GWSTVO. Die Abgeordneten müssen aktiv werden und der Senatsverwaltung Einhaltung gebieten. Bisher wurden über die Senatsverwaltung Senatsbeschlüsse herbeigeführt, die auf eindeutige falschen Zahlen/ Aussagen der Fachabteilungen beruhten.
- Bis auf wenige Einzelpersonen war der Tenor bei den Anwesenden der **Erpressung des Senats nicht nachzugeben** ! Die Bildung eines Vereins/ Zweckverbandes wäre mit unkalkulierbaren Risiken verbunden. Z.T wurde zu Aktionen – Demo, Straßenblockade u.ä – in der Diskussion von Teilnehmern aufgerufen.
- Herr Herrmann stellte die Situation – auch aus juristischer Sicht- dar und riet von der Bildung eines Vereins/ Zweckverbandes ab. Das Grundwasser ist ein **berlinweites Problem** und kann nur durch den Senat/ Stadt gelöst werden. Neben Eigenheimbesitzern ist auch die Infrastruktur, Gewerbebetriebe und Wohngenossenschaften betroffen (allein 2013/14 in Neukölln 230 T€ für Beseitigung von GW-Schäden). Er wies u.a. auf die anstehenden Probleme eines Vereins/ Verbandes hin: - Haftung des Vorstandes; vereinseigenes Grundstück für Errichtung der Brunnen, Kreditaufnahme...
Auch eine schlanke Verwaltung darf die Zuständigkeit für elementare Daseinsfragen nicht auf die Bürger abwälzen.
- Auch Frau Schwarzer bekräftigte die Zuständigkeit des Landes Berlin und reit ab.
- Herr Friedrich schätzte ein, dass ca. **99 % der Vereinsmitglieder gegen eine Übernahme** der Heberbrunnenanlage wären.
- Die noch ausstehende, bis Ende Sept. erfolgende Umfrage der Senatsverwaltung sollte deutlich mit „Nein“ beantwortet werden. Um Reaktion auf die Anfrage (Briefkasten öfters leeren) wurde gebeten.

- **Aus der Diskussion:**
 - Sondersteuer wäre kein Problem, aber der Rahmen ist nicht kalkulierbar (Einzelmeinung)
 - Sammelklage sinnvoll ?
 - da keiner der Anwesenden als Vereinsvorsitzender zur Verfügung stünde, sollte das doch Herr Müller übernehmen
 - über eine vernünftig Nutzung des abgepumpten GW sollte nachgedacht werden. Herr Schenk verwies auf das Abschmettern seines Vorschlages zur Wärmenutzung durch Herrn Limberg
 - bei letzter Wahl falsch gewählt
 - Zusammenschluss um sich auch juristisch gegen den Senat zu wehren
 - Petitionsausschuss (Herr Langer verwies auf unsere bisherigen Erfahrungen und auf unsere Webseite) – wenn viele Betroffene Petitionen einbringen, würde zumindest das Argument „Einzelfälle“ entkräftet
- Herr Herrmann regte an, dass sich die lokal aktiven Vereine stärker zusammenfinden. Ggf. würde im Dez. , vor Abschaltung der Anlage ein Eilverfahren zur Prüfung der Rechtmäßigkeit noch ein Abschalten zum 31.12. verzögern
- Herr Schenk verwies darauf, dass eine weitere Veranstaltung vorr. Im Oktober geplant ist, zu der neben Politikern auch die Senatsverwaltung geladen werden soll.

Insgesamt ein erster Schritt, der besonders durch die hohe Zahl der Teilnehmer und die eindeutige Position gegen die Bildung eines Vereins/ Verbandes zur Übernahme der Heberbrunnenanlage überzeugte.